

Präsident

Christian Weber

Rede zum Neujahrsempfang der Bremischen Bürgerschaft

am 10. Januar 2012 um 11.30 Uhr im Festsaal

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich möchte Sie sehr herzlich auch im Namen meiner Vorstandskolleginnen und -kollegen in der Bremischen Bürgerschaft begrüßen. Ich freue mich über den großartigen Zuspruch, den Sie unserem Hause entgegenbringen. Es ist ja vor allem ein Ort der Begegnung und Kommunikation, und die Möglichkeit zum Meinungs- und Gedankenaustausch möchten wir Ihnen heute zum Neujahrsempfang reichlich bieten. Genießen Sie den Augenblick, denn die Zukunft ist stets ungewiss und voller Risiken.

Meine Damen und Herren,

es sind Gäste unter uns, über die ich mich besonders freue: aus Berlin der Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann, Bürgermeister Jens Böhrnsen, Bürgermeisterin Karoline Linnert und die Mitglieder des Bremer Senats. Aus Bremerhaven begrüße ich den Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken, Oberbürgermeister Melf Grantz und Bürgermeister Michael Teiser. Ich begrüße Staatsgerichtshofpräsidentin Ilsemarie Meyer. Ich heiße die Vorsitzenden der in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen herzlich willkommen, die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft, des Bundestages und Europaparlaments sowie die Mitglieder der Beiräte und die Ortsamtsleiter. Ich freue mich über den Besuch unserer Altbürgermeister Hans Koschnick und Henning Scherf. Ich begrüße General- und Honorarkonsuln und die Vertreter ausländischer Missionen. Ich danke den Gästen aus Hamburg, die erneut den Weg zu uns gefunden haben. Die beiden Hansestädte entfernen sich wieder voneinander, zumindest auf den Schienen. Die Bundesbahn macht Baustopp und kappt viele zur Selbstverständlichkeit gewordenen Verbindungen, zum Glück garantiert vorübergehend. Nicht zuletzt begrüße ich ganz herzlich hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Bremer Wirtschaft und Wissenschaft, der Kirchen, der Jüdischen Gemeinde, der muslimischen Bevölkerung in Bremen sowie der Bundeswehr.

Meine Damen und Herren,

es ist eine Spezialität unseres Hauses, dass wir Angehörige besonderer Berufs- und Gesellschaftsgruppen zu unserem Neujahrsempfang einladen. Diesmal sind es Frauen und Männer, die unsere kulturellen Wurzeln hegen und pflegen, vor allem unser Brauchtum, unsere Sprache. Vertreten sind: Plattdutsche Vereen Gröpeln, Plattdutsche Kring Bremen, Plattdutsche Vereen Neustadt, Verein für niedersächsisches Volkstum, Bremer Seniorenbüro, Hanse-Koggewerft in Bremerhaven, Torfkähne Bremen und das Institut für niederdeutsche Sprache. Sie alle bewahren unsere Traditionen und unsere Identität. Das Moderne und der

Fortschritt bleiben brüchig, wenn man sich zu seiner Vergangenheit nicht zu bekennen versteht. Sie, unsere Ehrengäste, sorgen mit dafür, dass wir das können. Zu unserer Geschichte gehört zweifellos das Plattdeutsche – ein bedrohtes Gut, das es mehr denn je zu schützen gilt. Dazu wird es in diesem Jahr – und zwar schon bald – eine parlamentarische Initiative hier im Hause geben.

Meine Damen und Herren,

Bertold Brecht hat die „Ballade von der Unzulänglichkeit menschlichen Planens“ geschrieben. Darin heißt es:

Ja, mach nur einen Plan!

Sei nur ein großes Licht!

Und mach dann noch ,nen zweiten Plan

Gehen tun sie beide nicht.

Wir haben das im vergangenen Jahr erlebt, vor allem während der Euro-Krise. Das Nicht-Funktionieren von vermeintlichen Plänen hat sogar Staaten ins Wanken gebracht. Insofern war 2011 ein Jahr der Nullen. Das meine ich jetzt nicht auf Personen bezogen, sondern auf Tatbestände. Diese Nullen sind nicht nichts. Sie wiegen schwer und überziehen unsere tägliche Existenz. Es sind zwei Billionen Euro – eine Zahl mit 12 Nullen – und noch mehr, die Deutschland seinen Gläubigern in aller Welt schuldet. Gleichwohl ist Deutschland einer der wenigen Rettungsanker, um schwer notleidende Länder im Euro-Raum unter die Arme greifen zu können. Das klingt nicht gerade logisch und ist einem vernünftig handelnden Privathaushalt nur bedingt einsichtig. Dieser gibt in der Regel nicht mehr aus als er einnimmt, spart möglichst – „so hast du etwas in der Not oder für die Kinder“. Und wenn Kredit, dann doch wenigstens mit dem Willen, ihn absehbar wieder abzulösen – bei guten Freunden oder bei der Bank.

In den öffentlichen und Staatshaushalten klappt solch bedächtiges Kalkulieren schon lange nicht mehr – und das schnell galoppierend. Wir in Bremen wissen von der Dramatik, schließlich zieren unseren Schuldenstand nicht gerade wenig Nullen. Aber wir wissen auch von der Notwendigkeit des Sparens, nämlich binnen eines Jahrzehnts ein Viertel unserer Ausgaben reduzieren zu müssen. Bei aller unterschiedlichen Bewertung von Regierungskoalition und Opposition – wir meinen das Sparen ernst! Wir schränken uns im Kleinen und im Großen ein. Das ist längst auch schmerzlich spürbar. Andererseits dürfen wir unser bremisches Gemeinwesen nicht kaputt-, nicht zu Tode sparen. Ich kann nur hoffen und bitte den Senat um entsprechende Obacht, dass Bremen mit seinen zugesagten Konsolidierungshilfen nicht quasi gesamtschuldnerisch unter die Räder gerät, wenn das föderale Deutschland europaweit zwecks Krisenlinderung zur Kasse gebeten wird. In Sachen Haushaltssanierung ist uns schon einmal ein Versprechen gebrochen worden. Deshalb wünsche ich der Regierung in Berlin von Herzen und aus Eigennutz die Bewahrung der drei A's. Sie stehen für die beste Kreditwürdigkeitsnote eines Landes und damit für niedrige Zinsen am Kapitalmarkt. Davon profitiert schließlich auch das Land Bremen.

Ich will in diesem Zusammenhang eines betonen: Schlagzeilen und Stellungnahmen wie „die Griechen von der Weser“ für die falschen Griechen oder „Pleite-Griechen“ für die wahren Griechen sind nur platt und populistisch, jedenfalls nicht zweckdienlich. Damit löst man keine Krise. Im Gegenteil: Damit schürt man Vorurteile und nationale Ressentiments.

Meine Damen und Herren,

zur Diskussion steht eine weitere Null, die uns Unbehagen bereiten könnte. Nach drei Prozent Wirtschaftswachstum in Deutschland 2011 droht in diesem Jahr angeblich wieder eine Null vor dem Komma. Manche Auguren sagen sogar eine Rezession voraus, also ein Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts über zwei Quartale. Der frühere Bundeskanzler Ludwig Erhard meinte einmal während einer Silvesteransprache: „Wenn es besser kommt als vorausgesagt, dann verzeiht man sogar dem falschen Propheten.“ Ja, schon 2011 prognostizierten die Experten und selbst die Bundesregierung eher eine ökonomische Flaute. Heute stellen wir erleichtert fest, dass es kräftig aufwärts ging. Erlauben Sie mir an dieser Stelle folgende Bemerkung: Dass trotz Euro- und Finanzkrise die Realwirtschaft florierte und die sprichwörtliche „german angst“ von uns gewichen ist, liegt vor allem an den Unternehmen im Lande, die – auch mit Hilfe der Banken - investierten, und an den vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Angestellten, die sich in ihrer Leistungsfähigkeit und in ihrem Optimismus nicht bremsen ließen. Dass wir gut über die Runden gekommen sind, ist wohl weniger ein Verdienst der Mächtigen und Viel-Geld-Besitzer, sondern derjenigen, die Verantwortung übernehmen, die selbst arbeiten statt Geld für sie arbeiten zu lassen: Selbständige, Handwerker und Industriefachkräfte, Polizisten und Müllmänner, Krankenschwestern und Kassiererinnen, Lehrer/innen und Erzieher/innen. Um die Brecht-Ballade fortzuführen:

Denn für dieses Leben

Ist der Mensch nicht schlecht genug

Doch sein höheres Streben

Ist ein schöner Zug.

Meine Damen und Herren,

wir reden über Wirtschaften und Wohlergehen. Und da ist es mir ein Bedürfnis, die Leistungen der Menschen, die einst und heute noch aus einer anderen Heimat zu uns kommen, ausdrücklich zu würdigen. Es ist doch selbstverständlich, dass die zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger unser Wirtschaftsleben beflügeln und bereichern. Wir haben im vergangenen Jahr beispielsweise 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei gefeiert – und ich sage ausdrücklich gefeiert! Mehr als 25 Prozent der Bevölkerung in Bremen und über 20 Prozent in Bremerhaven haben einen sogenannten Migrationshintergrund. In einzelnen Stadtteilen ist der Anteil noch wesentlich höher. Und diese Menschen prägen nicht nur die Wirtschaftskraft wesentlich mit, sondern auch einen interkulturellen Dialog, für dessen Entwicklung die Landesregierung und andere gesellschaftliche Gruppen in den vergangenen Jahren viel Positives getan haben. Ich glaube, dass gerade in den

Stadtteilen Perspektiven und Lebensqualität und das Zusammenwachsen unterschiedlicher Nationalitäten einander bedingen. Es ist weniger das Anderssein, das Christen und Muslime, Gläubige und Nichtgläubige trennt, als vielmehr der Spalt zwischen Arm und Reich. Deshalb muss Zusammenhalten und Solidarität, das Leben des Sozialstaatsprinzips, in den Stadtteilen beginnen: über ausreichende Arbeits- und Ausbildungsplätze, über Bildung und Betreuung von Kindern, über bezahlbaren Wohnraum und über ein Freizeitangebot, das den unterschiedlichen Interessen z.B. der Jugendlichen entspricht. Sich um den anderen kümmern; zu zweit geht es leichter – das sind wesentliche Integrationsbausteine, die auch dafür sorgen, dass in unserem Städtestaat Menschen aus 120 verschiedenen Ländern weitgehend friedlich zusammenleben.

Und doch ist unser Miteinander in Vielfalt, das haben wir im vergangenen Jahr mit Entsetzen erfahren, in Teilen unserer Republik immer wieder massiv bedroht. Neonazis und Fremdenfeindlichkeit haben erneut dazu geführt, Nicht-Deutsche mit System zu verfolgen und zu ermorden und die Opfer sogar der Mitschuld zu verdächtigen. Das ist eine Schande, das dürfen wir nicht ein weiteres Mal zulassen. Wir müssen endlich aus unserer Geschichte, die in wichtigen Kapiteln voller Gräueltaten und Schrecken ist, lernen. Nicht nur die Täter, sondern auch diejenigen, die deren Taten durch Zögern möglich machen.

In der Ballade von Brecht sind wir bei folgender Passage angelangt:

Der Mensch ist gar nicht gut

Drum hau ihm auf den Hut.

Hast du ihm auf den Hut gehaun

Dann wird er vielleicht gut.

Auf den Hut gehaun würde ich in diesem Fall mit Verboten von Nazi- und naziähnlichen Umtrieben übersetzen, mit Autorität und Stärke der Justiz. Gute Demokratie bedeutet nicht nur Freiheit und soziale Verpflichtung, sondern einen Rechtsstaat, der die Unversehrtheit der Menschen garantiert. Die Initiative zum Verbot der NPD ist dabei ein wichtiger Schritt.

Meine Damen und Herren,

ich möchte Ihnen unterdessen von weiteren Nullen berichten – siebenstellig, die explodieren werden wie die Bevölkerungszahl. Im vergangenen Jahr wurden weltweit 65 Millionen Tablets verkauft. Das sind flache, über Fingerzeig zu bedienende Computer, die sich zum Alltagsgerät mausern. Wenn ich eines davon hätte, würde ich daraus meine Rede vortragen und damit anschließend vielleicht meinen Blutdruck messen. Ich las in der Zeitung, dass diese mehr und mehr als I.Pad geläufigen Maschinen den Laptops und Navigationsgeräten bald den Rang ablaufen werden. Nun, wer früher etwas auf sich hielt und seinen Intellekt demonstrieren wollte, der spazierte mit der richtigen Zeitung unterm Arm durch die Straßen und Cafés. Spätestens morgen werden es die DIN-A5 großen Mini-PC's mit ihren App's und Internetwelten sein, die mich vom Äußeren an die Schiefertafel meiner Kindheit erinnern.

Diese I.Pads beobachte ich vermehrt bei unseren Abgeordneten – so wie ich heute auch feststellen muss, dass zunehmend Laptops während unserer Sitzungen im Plenarsaal genutzt werden. Ich habe es im Plenum bisher nicht gerne gesehen, weil es ein Ort der Gedanken, des Nachdenkens und des gesprochenen Wortes, eben der realen Kommunikation und lieber noch der Kunst der Rhetorik und nicht der Suchmaschinen ist und sein soll. Gleichwohl muss ich das Online-Sein wohl auch im Plenarsaal akzeptieren. Und ich will das Rad ja nicht zurückdrehen. Social-Media sind offenbar ein zutiefst menschliches Bedürfnis geworden. Und ich weiß sehr wohl, wie sehr das weltweite Web die Demokratieentwicklung beeinflusst. Demokratie in dem Sinne, dass das Volk sich gegen Despoten und Diktatoren erhebt. Die Revolutionen im arabischen Raum waren und sind eben auch internet-gesteuert. Eine Plattform mit schöner Aussicht!

Ich will nicht verhehlen: Das Internet beflügelt auch basisdemokratische Aktionen – ob in Stuttgart, Frankfurt, Göttingen oder Bremen. Wenn Wissen und Engagement von vielen rasch ausgetauscht und zusammengeführt werden, entsteht daraus eine Kraft zum Widerstand und möglicherweise zur Veränderung. Das ist gut so. Großplanungen und Infrastrukturprojekte wurden lange Zeit an den Bedürfnissen der Anlieger und Nutzer vorbei bewerkstelligt. Das hat gerade der etablierten, der parlamentarisch-demokratischen Politik einen großen Glaubwürdigkeits- und Vertrauensschaden eingebracht. Die direkte Demokratie ist keine Bedrohung der Demokratie, sondern eine Bereicherung, weil Bürgerinnen und Bürger als Gesprächspartner auf Augenhöhe akzeptiert werden. Und zwar nicht nur in der Durchsetzung von Projekten, sondern bereits bei der Ideenfindung und Planung. Allerdings hat auch die direkte Demokratie Regeln und Grenzen. Sie kennt den Kampf und muss deshalb auch Niederlagen lernen. In Baden-Württemberg führte der von Bahnstoppgegnern erwirkte Volksentscheid nicht zum erwarteten Durchbruch. Das lag nicht an der Staatsmacht, sondern an den Teilnehmer/innen der direkten Demokratie selbst. „Es geht nicht um Mehrheiten, sondern um Bäume“, empörten sich anschließend Stuttgart 21-Gegner im Internet. Schlechte Verlierer? Nicht nur die Befürworter/innen der indirekten Demokratie, nämlich die über Parlamente, sondern auch jene der direkten Demokratie müssen noch viel lernen – auch deswegen, um eines Tages ganz zusammenzufinden. Was sagt die Brecht-Ballade:

Der Mensch lebt durch den Kopf.

Sein Kopf reicht ihm nicht aus.

Versuch es nur! Von deinem Kopf

Lebt höchstens eine Laus.

Knallharte Zuspitzung. Ich erlaube mir deshalb eine kleine Korrektur der Brecht'schen Analogie:

Denn für dieses Leben

Ist der Mensch doch schlau genug.

Oftmals merkt er eben

Diesen Lug und Trug.

Meine Damen und Herren,

ich bin davon überzeugt, dass das Parlament das Zentrum der Demokratie ist und bleibt. Natürlich haben es Volksvertretungen unterhalb des Bundestages schwer in der öffentlichen Wahrnehmung. Die Landtage stehen nicht nur in Konkurrenz zum Regelwerk des Bundes, sondern zunehmend zu den Entscheidungsbefugnissen der EU. Wir haben uns häufiger auch in diesem Hause mit dem Exekutiv-Föderalismus auseinandergesetzt und der Notwendigkeit, den Landtagen mehr Einfluss bei Entscheidungen des Bundesrates zu sichern. Ich glaube, dass die Bürgerschaft in Kooperation mit dem Senat sich auf einem guten Weg befindet, die Mitwirkung der Abgeordneten zu verbessern. Es bleibt ein stetiges Bohren - aber von nicht mehr ganz so dicken Brettern.

Landtage sind unverzichtbare Institutionen des deutschen Föderalismus und der parlamentarischen Demokratie. Es liegt in den Händen von uns Abgeordneten selbst, das Gewicht der Landtage im föderalen Gefüge zu wahren, ja zu stärken. Die uns als gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertretern übertragenen Kompetenzen müssen wir unbedingt nutzen. Wo der Wille ist, ist auch ein Weg.

Die 18. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft, die nach der Wahl im Mai 2011 begann, stellt unsere Abgeordneten vor neuen Herausforderungen. Wir haben das Abgeordnetengesetz reformiert. Damit einher ging ein grundsätzlicher Wechsel im System der Bezahlung der Parlamentarier sowie eine Lockerung der Inkompatibilitätsregeln. Dieser Kraftakt brachte uns - oh Wunder - durchaus Anerkennung in der veröffentlichten Meinung ein. Den Bund der Steuerzahler eingeschlossen! Nach dem neuen Abgeordnetengesetz sind wir nun also alle echte Halbtagsparlamentarier geworden. Das heißt, die Kolleginnen und Kollegen gehen vormittags ihrem Beruf nach und fangen erst nach 14 Uhr an, ihr Mandat auszuüben. Das erfordert viel Disziplin und Organisationsvermögen.

Ich möchte an dieser Stelle den Abgeordneten herzlich danken für ihre Arbeit und ihren Ehrgeiz. Sie sind Vertreter der gesamten Bremer Bevölkerung, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, nur ihrem Gewissen unterworfen. Und ihnen obliegt, über das Grundgesetz hinaus, eine besondere Treuepflicht gegenüber der Freien Hansestadt Bremen. Eine Bilanz ihres Tuns: Nehmen wir nur mal die beschlossenen Gesetze, Gesetzesänderungen, Verordnungen – etwa 90 an der Zahl waren es im Landtag der 17. Legislaturperiode und bis heute, über 50 in der Stadtbürgerschaft. Viele kluge Überlegungen stecken dahinter, Fleiß, Umsicht und Beharrungsvermögen. Das hat alle Achtung verdient, auch in der Kenntnis, dass

nicht jede Entscheidung von allen für richtig befunden wird. Aber das Organisieren von Mehrheiten ist nun mal das Lebenselixier der parlamentarischen Demokratie.

Meine Damen und Herren,

ein Mehr an Demokratie, Transparenz und Bürgernähe - so lautet ein primäres Handlungsmotiv unserer Abgeordneten. Wir lassen nicht zu, dass unser politisches System in Gänze beschädigt wird. Wir widerstehen dem Zynismus der Macht. Wir verteidigen Werte, die uns die Moral und das Grundgesetz setzen - und nicht falsche Freunde. Mit Blick auf die derzeitige politische Kultur in Deutschland und Europa müssen wir wohl konstatieren, dass wir in der Vergangenheit zu viel Wert auf das Materielle gelegt und das Geistige vernachlässigt haben. Für eine humane Gesellschaft ist es freilich unerlässlich, auch die Seele der Menschen zu nähren. Das geschieht über einen möglichst breiten Raum der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, über Wertschätzung und Fürsorge, über Bildung und Mitbestimmung. In einem irrt Berthold Brecht hoffentlich:

Denn für dieses Leben

Ist der Mensch nicht anspruchslos genug.

Drum ist all sein Streben

Nur ein Selbstbetrug.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, schrumpfen meine Nullen. Die letzten sind nur noch zweistellig, wenn auch Katastrophen-besetzt. Im April vor 100 Jahren rammte die Titanic einen Eisberg und sank in Nullkommanix. Zuvor hatte es ein Neun-Gänge-Menü mit Grilltaube auf Spinat und Ente im Sud von grünem Jasmin tee gegeben. Das bieten wir Ihnen hier nicht. Wir bleiben beständig, gutbürgerlich und bremisch: Wir servieren Ihnen wie im vergangenen Jahr rustikale Häppchen. Ein echtes „Genusswerk“ - so heißt auch die Schülerfirma der Werkschule Hemelingen, die für unsere Gäste aufgetischt hat. Ich wünsche Ihnen ein gutes Jahr 2012; bleiben Sie vor allem gesund und munter. Mögen die meisten Ihrer schönen Vorsätze in Erfüllung gehen und die Befürchtungen ausbleiben. Anfangs haben wir Sie hier im Festsaal mit einem Walzer von Johann Strauss begrüßt. Den Titel sollten Sie sich zu Herzen nehmen: „Freut Euch des Lebens!“

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!